

Unlösbare Aufgabe

Allianz: Keine Chance auf Einigung im Hinterland

Dass viele Landwirte Ostholsteins kein weiteres Ackerland für Alternativtrassen zur Verfügung stellen wollen und es auf ein langwieriges Zwangsenteignungsverfahren ankommen lassen würden, wird von der Allianz aus mehreren Gründen nachvollzogen. Es unterstreiche die seit Langem bekannte Tatsache, dass angesichts völlig unvereinbarer Interessenlagen keine Chance auf Einigung im Hinterland bestehe. Denn würde, wie im Staatsvertrag festgeschrieben, die bestehende Bahntrasse ausgebaut, litten Tourismus und Lebensqualität. Realisierten Bund und Bahn eine wesentlich teurere „Trasse X“, schädige man Natur, Umwelt und Landwirtschaft, weiß die Landwirtin Frauke Redderberg. Die eigene Interessengemeinschaft im Zweifelsfall zu schützen, damit eine andere aber wiederum zu belasten, hält sie indes für falsch. Auch aus diesem Grund setzt sich die Vorsitzende der Bürgerinitiative „Tourismusort statt Transitort“ aus Timmendorfer Strand in der Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung dafür ein, dass Deutschland über Paragraf 22 des Staatsvertrages, die so genannte „Ausstiegsklausel“, das Projekt verlassen solle. „Klar ist nur, dass das Vorhaben nirgends ohne erhebliche Schädigung umgesetzt werden kann. Es gibt keine sozialverträgliche Variante. Und deswegen werden sich die jeweils betroffenen Interessengruppen auch immer vehement wehren“, so die Landwirtin.

Die Allianz wirft Land, Bund und Bahn vor, bisher den Großteil der Betroffenen außen vor gelassen zu haben. Wer sich so abgehoben verhalte, brauche sich heute über massiven Widerstand aus der Region nicht zu wundern. „Das Versagen der Politik auf allen Ebenen ist offensichtlich. Es kann aber nicht sein, dass die Folgen eines undurchdachten Staatsvertrages, eine erschreckende Unterfinanzierung des gesamten Projektes sowie der planerische Dilettantismus auf dem Rücken der Menschen in der Region Ostholstein ausgetragen werden dürfen“, so Malte Siegert, Sprecher der Allianz. Er fordert deswegen im Namen der Allianz umgehend Gespräche mit Bundesverkehrsministerium und Deutscher Bahn. Diese müssten, ungeachtet eines Staatsvertrages mit Dänemark, Ergebnis offen geführt werden. Die Politik sei für den angerichteten Schaden verantwortlich und müsse sich jetzt aktiv und konstruktiv an Lösungen beteiligen. „Eine Lösung ist der Ausstieg. Deswegen werden sich die Politiker also sehr wohl mit uns über das „ob“ und nicht nur über das „wie“ einer festen Fehmarnbeltquerung unterhalten müssen.“

Die Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung ist der Zusammenschluss von zehn Bürgerinitiativen zwischen Bad Schwartau und Puttgarden, die sich gegen eine feste Fehmarnbeltquerung engagieren.